

# Machtkampf ohne Entscheidung

Weiterhin Uneinigkeit bei den Österreichischen Freiheitlichen - Kanzler Schüssel hält sich zurück

WIEN: Angesichts des tief greifenden Zerwürfnisses in der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) haben die oppositionellen Sozialdemokraten (SPÖ) als grösste Partei des Landes vorgezogene Parlamentswahlen verlangt.

Wenn Teile der mitregierenden FPÖ mit Volksbegehren und Volksbefragungen gegeneinander zu Felde zögen, müsse der Wähler entscheiden, welcher Partei er sein Vertrauen schenke, forderte der SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer am Dienstag. Der Machtkampf innerhalb der FPÖ schwelte unterdessen weiter. Die FPÖ-Chefin und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer blieb ebenso wie ihr Widersacher, der langjährige Vorgänger und heutige Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider, bei der Ankündigung, mit einer Volksbefragung beziehungsweise einem Volksbegehren die eigene politische Linie durchzusetzen.

Bundeskanzler Wolfgang Schüssel von der Volkspartei (ÖVP) vermied es, der von Riess-Passer geplanten Volksbefragung über die Verschiebung der Steuerreform zuzustimmen und damit seiner Stellvertreterin gegenüber Haider den Rücken zu stärken. Seine Partei benötige für eine Entscheidung noch Zeit, sagte Schüssel nach einer Kabinettsitzung in Wien. Haider hatte am Montag ein Volksbegehren angekündigt, mit dem Riess-Passer doch noch zu einer Steuerreform und der



Der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und FPÖ-Chefin Susanne Riess-Passer sind sich weiterhin uneinig.

damit verbundenen Entlastung kleiner Einkommen gezwungen werden soll. Die FPÖ-Ministerriege hatte die Steuerentlastungen wegen der Hochwasserkatastrophe verschoben. Haider will in dem Volksbegehren auch den schon

beschlossenen Kauf von 18 modernen Abfangjägern rückgängig machen, um die Reform zu finanzieren. Riess-Passer hatte ihrem früheren politischen Ziehvater am Montagabend vorgeworfen, ein Volksbegehren «gegen die ei-

gene Partei» zu organisieren. Haider hatte das als «Zynismus» bezeichnet. Bundesländer, die nicht vom Hochwasser heimgesucht wurden, dürften nicht gegen die Bundesländer mit Flutopfern ausgespielt werden.

## Helmut Schmidt: Notoperation

KIEL: Mit einer Notoperation nach einem Herzinfarkt ist der 83-jährige Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt knapp dem Tode entronnen. Der SPD-Politiker bekam vom Leiter der Herz- und Gefässchirurgie der Universitätsklinik Kiel, Jochen Cremer, einen Bypass am Herzen eingesetzt. Das Krankenhaus teilte am Dienstag mit, Schmidt sei am Samstagnachmittag mit einem akuten Infarkt in das Krankenhaus aufgenommen worden. «Eine dringlich notwendige Bypass-Operation am Herzen erfolgte am Sonntagmorgen und verlief trotz kritischer Ausgangssituation erfolgreich», schrieben die Ärzte. Der Gesundheitszustand des weltbekannten Politikers, der von 1974 bis 1982 Bundeskanzler war, stabilisiere sich zunehmend. Am Dienstagnachmittag bekräftigte Klinikdirektor Professor Werner Grote diese Diagnose. Mehrere SPD-Politiker wünschten Schmidt schnelle Besserung. Eine Bypass-Operation ist notwendig, wenn die Herzkranzgefässe durch Kalk und Fett verschlossen sind und der Herzmuskel nicht mehr durchblutet wird. Schmidt leidet seit Jahren unter Herzproblemen: 1980 erkrankte er an einer Herzmuskelmuskulaturzündung, im Oktober 1981 wurde ihm ein Herzschrittmacher eingesetzt, der in den Jahren danach mindestens drei Mal ausgetauscht wurden war.

# Strassenschlacht nach Verbotsbeschluss gegen Batasuna

Bombe im Baskenland entschärft - Zusammenstösse zwischen Polizei und Demonstranten

BILBAO: Nach dem Verbotsbeschluss gegen die ETA-nahe Partei Batasuna ist es am Dienstag im Baskenland zu blutigen Zusammenstössen zwischen Demonstranten und der Polizei gekommen.

Bei der Räumung eines Parteibüros in Bilbao lieferten sich die Polizisten eine Strassenschlacht mit mehreren hundert Anhängern der Partei, die sich den Beamten in den Weg stellten. Dä-

bei sollen mindestens 20 Demonstranten verletzt worden sein. Nach Berichten der Nachrichtenagentur Efe ging die Polizei ausserdem in den Städten Vitoria und San Sebastian gegen Büros der Partei vor. In Tolosa bei San Sebastian entschärfte die Polizei in der Nacht einen vor dem örtlichen Gericht deponierten Sprengsatz. Unterdessen stellte Batasuna-Sprecher Arnaldo Otegi eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

in Strassburg in Aussicht. In Pamplona und vier anderen nordspanischen Städten stürmten Polizisten noch am Montagabend die Batasuna-Büros und zwangen die Anwesenden zum Verlassen der Gebäude. Im ganzen Baskenland hatten daraufhin hunderte Menschen die Nacht in den Parteibüros verbracht. Zugleich wurden Akten und Büromaschinen abtransportiert, um einer Beschlagnahmung vorzubeugen. Batasuna hatte im Internet «alle De-

mokraten und Antifaschisten» dazu aufgerufen, sich in den Büros der Partei zu versammeln. In Bilbao zogen Batasuna-Anhänger am Dienstagmittag von der Parteizentrale in einem Protestmarsch zu einem nahe gelegenen Park. Dabei schwenkten sie die rot-weiss-grüne baskische Flagge. In San Sebastian war es bereits am Montagabend zu Protestaktionen gekommen. Dabei zertrümmerten Jugendliche einen Bus.

# Palästinenserführung beharrt auf Wahlen im Januar

Erleichterungen in Bethlehem - Festnahmen im Westjordanland

RAMALLAH: Die palästinensische Führung hält trotz der israelischen und der amerikanischen Ablehnung an Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im kommenden Januar fest. Das beschloss das Kabinett am Dienstag in Ramallah.

Mit der Entscheidung, die Wahlen wie geplant Anfang 2003 abzuhalten, lehnte die Regierung Arafat eine Forderung der USA ab. Diese hatten sich für eine Verschiebung der Wahlen ausgesprochen und zunächst eine gründliche Reform des Wahlrechts gefordert.

Washington befürchtet, dass Wahlen unter den gegenwärtigen Bedingungen lediglich die bisherigen Machtverhältnisse zementieren und zur Wiederwahl Arafats führen würden. Israel hatte Wahlen in den Palästinensergebieten abgelehnt, solange von dort Gewaltakte ausgehen. Die Palästinenser wollen zu dem Urnengang Anfang 2003 ausländische Wahlbeobachter einladen.

Für Verzögerungen ihres Reformprozesses hat die palästinensische Autonomiebehörde Israel verantwortlich gemacht. Die neue israelische Besetzung palästinensischer Gebiete habe die Reformpläne gestoppt, sagte ein Sprecher am Dienstag in Ramallah.

Nach einer Kabinettsitzung der Behörde unter Vorsitz von Jassir Ara-

fat wurde Israel beschuldigt, die vor mehr als einer Woche getroffene Vereinbarung über einen Truppenrückzug aus Teilen des Gazastreifens und palästinensischen Städten nicht eingehalten zu haben. Ungeachtet der palästinensischen Kritik an Israel verständigten sich Israelis und Palästinenser in

der Nacht zum Dienstag darauf, die strikten Sanktionen Israels gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen zu lockern. Die Armee nannte die «relative Ruhe in Bethlehem» als Begründung für den Schritt. Die Soldaten waren vor einer Woche als Teil eines Abkommens aus Bethlehem abgezogen

worden und um die Stadt herum in Stellung gegangen. Wann die Erleichterungen in Kraft treten sollen, wurde nicht mitgeteilt. Im Westjordanland führte die israelische Armee ihre Operationen fort. Bei mehreren Razzien nahmen Soldaten nach Armeenangaben 13 gesuchte Palästinenser fest.



Bei mehreren Razzien nahmen israelische Soldaten im Westjordanland 13 gesuchte Palästinenser fest.

## Warnung vor Militäreinsatz

DUBAI: Angesichts immer schärferer Drohungen der US-Regierung gegen Irak haben der saudiarabische Milliardär-Prinz El Walid bin Talal bin Abdul Asis und der ägyptische Präsident Mubarak vor einem Debakel gewarnt.

«Wir wollen kein neues Vietnam», sagte der Neffe des saudiarabischen Königs Fahd am Dienstag gegenüber dem US-Nachrichtensender CNN. Er forderte Washington auf, Irak mehr Zeit zu geben, sich an die UNO-Resolutionen zu halten sowie von einem Angriff abzusehen. Dies sei die Position «fast aller arabischer Staaten und fast der gesamten Welt». Der ägyptische Präsident Mubarak pflichtete dem bei. Bei einem Treffen mit Studenten in Alexandria warnte er die US-Regierung am Dienstag vor dem Zorn der «arabischen Strasse», falls sie die Regierung von Saddam Hussein tatsächlich militärisch in die Knie zwingen sollte. «Ich habe der amerikanischen Führung erklärt: Wenn ihr das irakische Volk wegen einer oder zwei Personen angreift und ihr gleichzeitig die Palästina-Frage vernachlässigt, wird kein Herrscher (im Nahen Osten) die Gefühle des Volkes zügeln können».

ANZEIGE

## Möhl's einzigartiger Saft aus dem Eichenfass



Als einzige grössere Mosterei im Thurgau verwenden wir für unseren «Saft vom Fass» tatsächlich noch Fässer aus Eichenholz. Mit der traditionellen Holzfass-Lagerung wird der Saft mild und harmonisch. Dafür garantieren wir!

**MÖHL** Tradition seit 1895  
Mosterei Möhl AG, 9320 Arbon, Tel. 071 447 40 74  
Info über Saft-Herstellung: www.moehl.ch